

Was ist gerecht?

GEO-Umfrage erbringt überraschende Ergebnisse. Die Oktober-Ausgabe von Deutschlands größtem freiverkäuflichen Monats-Magazin widmet sich in 20 Geschichten dem Menschheitsthema Gerechtigkeit

Hamburg, 13. September 2007 – Deutschland ist ungerecht! Dieser Ansicht sind die meisten Deutschen. Dies ergab eine repräsentative Umfrage der Zeitschrift GEO und der Humboldt-Universität Berlin im Sommer 2007. Und: Die Deutschen haben den Eindruck, dass die Verhältnisse in ihrem Land immer ungerechter werden. Nur knapp die Hälfte der Bürger glaubt heute noch, dass Begabung und Intelligenz belohnt werden – deutlich weniger als im Jahr 1991. Dies ergeben Vergleichszahlen aus einem seit 17 Jahren laufenden Forschungsprojekt der Universität.

Die GEO-Redaktion hat – in Zusammenarbeit mit dem "International Social Justice Project" der Humboldt-Universität Berlin – 1.019 repräsentativ ausgewählte Deutsche zu ihrem Gerechtigkeitsempfinden befragt. Die Ergebnisse der Umfrage stellt GEO in seiner Oktober-Ausgabe vor. Das Heft, zugleich Jubiläumsausgabe zum 31. Geburtstag des Magazins, widmet sich auf 248 Seiten in 20 Beiträgen ausschließlich dem Thema "Gerechtigkeit".

Das Thema "Gerechtigkeit" treibt die Deutschen um

Wie die Umfrage zeigt, gehört "Gerechtigkeit" in Deutschland derzeit zu den bestimmenden Fragen beim Nachdenken über unsere Gesellschaft: 85 Prozent der Befragten gaben an, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Als besonders ungerecht wird die Verteilung der Reichtümer angesehen. 82 Prozent finden, dass "Einkommen und Vermögen in Deutschland ungerecht verteilt sind". Unmut herrscht vor allem über die als exorbitant empfundenen Gehälter für Spitzenmanager. Die gefühlte Ungleichverteilung hat einen realen Hintergrund: In der Tat haben sich Einkommens- und Vermögensverhältnisse in den vergangenen Jahren deutlich zugunsten der reichsten zehn Prozent verschoben.

Votum für einen starken Sozialstaat

Klar wird in der Umfrage auch: Die Deutschen wünschen sich einen Staat, der mehr soziale Verantwortung übernimmt. Auffällig ist, dass Ostdeutsche höhere Ansprüche an den Sozialstaat stellen als Westdeutsche. In einem überraschend deutlichen Votum plädiert eine große Mehrheit (Westdeutschland: 75 Prozent; Ostdeutschland: 88 Prozent) dafür, dass "der Staat für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen" sollte. Nahezu ebenso viele Menschen sind der Ansicht, die Regierung müsse "für alle Menschen einen Mindestlebensstandard garantieren". Der Aussage "Der Staat sollte eine Obergrenze für die Einkommenshöhe festsetzen" stimmen im Westen 41 Prozent, im Osten sogar 57 Prozent der Befragten zu.

Gefühlte Ungerechtigkeit beginnt in Deutschland bereits bei ungleichen Startchancen. Weniger als ein Drittel der Deutschen glaubt, dass in ihrem Land alle Menschen die gleichen Chancen haben, vorwärts zu kommen. Für mehr Chancengleichheit fordert eine wiederum große Mehrheit (86 Prozent im Osten, 78 Prozent im Westen des Landes), dass "die Betreuung in Krippen und Kindergärten grundsätzlich kostenlos" sein sollte.

Lediglich 34 Prozent der Deutschen halten hingegen das Bildungswesen für ungerecht – obwohl ausgerechnet hier die Ungleichheit am stärksten fühlbar sein könnte und obwohl das deutsche Schulsystem im internationalen Vergleich als extrem unfair dasteht.

Ablehnung der Erbschaftssteuer

Grenzen für die Einmischung des Staates ziehen die Deutschen beim Erbschaftsrecht. Nur eine Minderheit sieht in der Erbschaftssteuer ein geeignetes Instrument, die als ungerecht empfundene Vermögensverteilung auszugleichen. Mehr als die Hälfte der von GEO Befragten fordert dagegen, die Erbschaftssteuer komplett abzuschaffen.

Generationengerechtigkeit: Erblasten für die Jungen

Schon jetzt wird jeder sechste Steuer-Euro für Zinsen ausgegeben. Viele halten die Überschuldung des Staates für ein Unrecht gegenüber nachfolgenden Generationen. Der Aussage "Junge Menschen haben heute weniger Chancen als ihre Eltern und Großeltern" stimmen in der Gruppe der über-60-Jährigen im Osten 64 Prozent, im Westen 47 Prozent zu. Und viele sind bereit, zu verzichten: "Zugunsten unserer Kinder und Enkel müssen wir uns mehr einschränken" sagen in Ostdeutschland 49 Prozent der 35- bis 59-Jährigen, in Westdeutschland 61 Prozent; und 52 bzw. 53 Prozent der 60- bis 92-Jährigen. Mehr als 50 Prozent der Befragten fordert höhere Steuern für Kinderlose; diese werden von der Mehrheit als der Gesellschaft gegenüber "verantwortungslos" wahrgenommen – erwartungsgemäß überwiegend von Menschen mit Kindern.

Einige weitere Themen in der Oktober-Ausgabe von GEO: Wie ist unsere Welt verfasst? Essays der Schriftstellerin Juli Zeh; des Pädagogen Hartmut von Hentig; des Oberstaatsanwaltes Detlev Mehlis; des Leiters der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe; des Sprechers der „Selbsthilfe Eschede“, Heinrich Löwen, u. a. +++ Der bessere Egoist – Was Wirtschaftswissenschaftler, Neurologen und Anthropologen am Institut für empirische Wirtschaftsforschung in Zürich über die Fähigkeit des Menschen zur Fairness herausgefunden haben +++ „Komm, wir machen halbe-halbe“ – Kinder und ihr Gerechtigkeitsgefühl +++ Die bittere und die reiche Ernte – Was Globalisierung für die Bauern in Indien bedeutet; und in den USA +++ Ein Millionär gibt zurück – Mohamed Ibrahims Preis für gute Regierungsführung +++ Wie gerecht sind 1.250 Euro? – Ein Krankenschwestern-Gehalt in der Leistungsgesellschaft +++ Über den Wandel des Leistungsbegriffs – Interview mit dem Soziologen Sighard Neckel +++ Utopia im Wald – die gerechten Kommunarden von Twin Oaks, Virginia +++ Schuld ohne Sühne – Wie lebt das kambodschanische Volk mit seinen Massenmördern? +++ Schiedsrichter Merk – die Kunst der Neutralität +++ Mittelalterjustiz – schuldige Schweine und kriminelle Ratten +++ Das billige Hemd – Wie verantwortlich sind Supermarktkunden für die Lage chinesischer Schneiderinnen?

Die Oktober-Ausgabe von GEO erscheint zum Preis von 6 Euro am 14. September.

Unter www.geo.de/presse-download finden Sie das aktuelle Heftcover und ausgewählte Illustrationen zur Umfrage zum Download.

Für Rückfragen:

Maike Pelikan
GEO Marktkommunikation
Tel.: 040/3703-2157, Fax: 040/3703-5683
E-Mail: pelikan.maike@geo.de
GEO im Internet: www.GEO.de